

MORNING NEWS

21. Juli 2026

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG	INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG
DAX	24.846,69	15,71	0,06	24.830,98	DJ 30	51.839,26	-307,16	-0,59	52.146,42
MDAX	31.680,71	-184,02	-0,58	31.864,73	NASDAQ	28.604,23	11,57	0,04	28.592,66
TEC DAX	3.777,22	8,58	0,23	3.768,64	Nikkei 225	65.908,77	1.767,65	2,76	64.141,12
Euro Stoxx50	6.227,40	-3,47	-0,06	6.230,87	Hang Seng	25.150,75	7,70	0,03	25.143,05
Bund Future	124,72	-0,07	-0,06	124,79	Euro / US-\$	1,1418	0,00	0,04	1,1414
Gold in US-\$	4.048,29	40,26	1,00	4.008,03	Öl (Brent) US-\$	88,51	-0,71	-0,80	89,22
Bitcoin / US-\$	65.452,68	126,90	0,19	65.325,78	Ethereum / US-\$	1.923,69	19,37	1,02	1.904,32

Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	24.822	-24
NASDAQ Future	29.064,25	+285,50

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG €	%	SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in \$	VOLUMEN NYSE
SAP AG	138,68	0,42	0,00	138,26	158,35	2.847.073,00
Nokia OJ	8,83	-0,08	-0,01	8,91	10,08	81.281.936,00

Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
Airbus	AIRG.DE	Business Update	18:30	n/a
Europäische Unternehmen	Bawag Group (07:00 Q2), Novartis (07:00 Q2), Schindler (07:00 Q2), Lindt & Sprüngli (07:00 Q2), Alfa Laval (07:30 Q2), Fortum (08:00 Q2)			

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
D	ZEW Konjunkturerwartungen	Juli	11:00	15,3 (10,5)
D	ZEW Konjunkturlage	Juli	11:00	-77,7 (-81,0)
USA	ADP Beschäftigungsänderung	vom 04. Juli	14:15	n/a (19.750)
USA	Philly Fed Index Non-Manufacturing	Juli	14:30	n/a (-25,8)

Quelle: Bloomberg

Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)	US-STAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
Volumen NYSE	1,21 (1,47)	10-jährige Bonds	-0,391	4,59%
Volumen NASDAQ	7,16 (7,80)	30-jährige Bonds	-0,750	5,11%

()=Vortag

Zurückhaltung vor wichtigen Firmenbilanzen und **Sorgen über die Lage im Nahen Osten** haben die Wall Street am Montag ins Minus gedrückt. Der Dow-Jones-Index der Standardwerte schloss 0,6 Prozent tiefer auf 51.839 Punkten. Der breiter gefasste S&P 500 gab 0,2 Prozent auf 7443 Zähler nach. Der Index der Technologiebörse Nasdaq verlor minimal auf 25.508 Punkte.

Am Markt sorgte die **Eskalation im Nahen Osten** für Verunsicherung. Die mit dem Iran verbündeten Huthi-Rebellen im Jemen kündigten eine Seeblockade gegen Saudi-Arabien an. Gleichzeitig keimte jedoch Hoffnung auf eine diplomatische Lösung auf: Ein hochrangiger iranischer Vertreter sagte der Nachrichtenagentur Reuters, es liege ein Vorschlag für eine

zehntägige Waffenruhe vor, um den Konflikt mit den USA zu entschärfen. Anleger hofften auf eine Beruhigung der Lage, um einen weiteren Anstieg der Ölpreise und damit neuen Druck auf die Inflation zu verhindern, sagte Joe Quinlan, Marktstrategie bei Merrill und BofA Private Bank.

Zudem hielten sich die Investoren vor den anstehenden Quartalszahlen großer Technologiekonzerne wie Alphabet, Tesla und Intel zurück. "Alle warten darauf, dass die Berichtssaison richtig in Gang kommt", sagte Peter Tuz, Präsident der Vermögensverwaltung Chase Investment Counsel. Nach den Banken in der Vorwoche rücken nun die Tech-Riesen in den Fokus. Analysten rechnen LSEG-Daten zufolge für das zweite Quartal mit einem Gewinnwachstum der S&P-500-Unternehmen von 26 Prozent im Jahresvergleich.

Bei den Einzelwerten standen **Halbleiter-Aktien** im Rampenlicht. Der **Branchenindex** erholte sich leicht von seinen jüngsten Verlusten und schloss 0,6 Prozent höher. **Alphabet**-Papiere legten um 1,5 Prozent zu. Einem Bericht zufolge entwickelt die Google-Muttergesellschaft einen neuen Server-Chip für Künstliche Intelligenz (KI). **Apple**-Aktien gaben dagegen um zwei Prozent nach und belasteten den S&P 500 am stärksten. Gefragt waren auch die Papiere von **Domino's Pizza**, die nach übertroffenen Umsatzerwartungen um 2,1 Prozent stiegen. **Global Payments** kletterten nach einer Hochstufung durch Morgan Stanley um 5,8 Prozent.

Marktmeldungen

Die **Steuereinnahmen** von **Bund und Ländern** treten auf der Stelle. Im Juni gingen sie im Vergleich zum Vorjahresmonat um 0,4 Prozent zurück und summierten sich noch auf 98,1 Milliarden Euro, wie aus dem neuen Monatsbericht des Bundesfinanzministeriums hervorgeht, der am Dienstag veröffentlicht werden soll. Im ersten Halbjahr 2026 lagen die Einnahmen bei 451,2 Milliarden Euro, was einem Plus zum Vorjahreszeitraum von 0,8 Prozent entspricht. Für das Gesamtjahr rechnen Experten mit einem Zuwachs von 1,2 Prozent (Reuters).

Großbritanniens neuer Premierminister Andy Burnham hat am Montag bei der Bildung seines Kabinetts Schlüsselressorts neu besetzt und dabei mit Vertrauten seines Vorgängers Keir Starmer gebrochen. Neuer **Finanzminister** wird der 66-jährige John Healey. Der frühere Verteidigungsminister war im vergangenen Monat aus Protest gegen Starmers Kurs zurückgetreten, da er der Regierung mangelnde Investitionen in die Streitkräfte vorgeworfen hatte. Er folgt auf Rachel Reeves, die als loyale Unterstützerin des Ex-Premiers das Kabinett verlässt. Zum neuen **Außenminister** ernannte Burnham den bisherigen Minister für Energiesicherheit und früheren Labour-Chef Ed Miliband. Dieser hatte in Parteikreisen als Favorit für das Finanzressort gegolten (Reuters).

US-Präsident Donald Trump hat am Montag per **Dekret** die Hürden für **Rüstungskonzerne** beim Kauf von kritischen Mineralien und anderen Materialien aus China und von weiteren gesperrten Zulieferern erhöht. Damit will die US-Regierung nach eigenen Angaben die Abhängigkeit der Waffenproduktion von ausländischen Lieferketten verringern. Ausnahmegenehmigungen werden demnach künftig schwerer zu bekommen sein. Unternehmen müssen nachweisen, dass sie nach Alternativen gesucht haben, die Herkunft ihrer Materialien offenlegen und einen Plan zum Wechsel der Zulieferer vorlegen. Andernfalls droht ihnen der Verlust von Aufträgen, wenn sie nicht ausreichend im Inland beschaffen (Reuters).

Die **USA** verschärfen den **Handelsstreit** mit ihrem Nachbarn **Kanada** und erheben einen Strafzoll von 50 Prozent auf eine breite Palette kanadischer Produkte. US-Präsident Donald Trump habe die Maßnahme am Montag unterzeichnet, teilte das Weiße Haus mit. Als Begründung wurde die "diskriminierende Behandlung" von US-Autos, Alkohol und Milchprodukten durch Kanada genannt. Die Zölle basieren auf einem fast hundert Jahre alten Handelsgesetz aus dem Jahr 1930 und sollen am 19. August in Kraft treten. Betroffen sind laut US-Regierung unter anderem Produkte wie Wein, Hockeyschläger, Zement, Möbel und Kleidung (Reuters).

FBI-Direktor Kash Patel plant einem Medienbericht zufolge eine Reise nach **Russland**. Der Besuch solle voraussichtlich Mitte Oktober stattfinden, berichtete die US-Publikation "Politico" unter Berufung auf eine informierte Person (Reuters).

US-Präsident Donald Trump droht dem **Iran** nach dem Tod weiterer US-Militärangehöriger mit **massiver Vergeltung**. "Jedes Mal, wenn der Iran einen amerikanischen Soldaten tötet, wird er vielfach dafür bezahlen", erklärte Trump auf seiner Plattform Truth Social. Er habe Verteidigungsminister Pete Hegseth und Generalstabschef Daniel Caine entsprechend angewiesen. Zuletzt kamen bei einem iranischen Angriff in Jordanien zwei Angehörige der US-Streitkräfte ums Leben. Damit steigt die Zahl der Gefallenen auf amerikanischer Seite in dem seit Februar andauernden Krieg auf 17. Zudem wurden bislang rund 430 US-Soldaten verletzt (Reuters).

Das **US-Militär** hat eine **neue Angriffswelle** gegen den **Iran** gestartet. Die um 16.00 Uhr US-Ostküstenzeit (22.00 Uhr deutscher Zeit) begonnenen Angriffe zielten darauf ab, die militärischen Mittel des Irans, um Handelsschiffe in der Straße von Hormus attackieren zu können, zu schwächen, teilte das für die Region zuständige US-Regionalkommando Centcom auf der Plattform X mit. Zu den genauen Zielen der neuen Angriffe wurden keine Angaben gemacht (dpa/AFX).

Die von **Saudi-Arabien** geführte **Militärkoalition** kündigt eine **entschlossene Reaktion auf die Drohungen der jemenitischen Huthi-Rebellen** gegen Handelsschiffe an. Dies sei eine eklatante Verletzung des Völkerrechts und stelle einen Akt der Piraterie dar, teilt das Bündnis mit. Es seien bereits Schutzmaßnahmen für Schiffe eingeleitet worden, die die Meerenge Bab al-Mandab passieren (Reuters).

Die **Versicherungskosten für Frachtschiffe** im **Roten Meer** steigen nach der Ankündigung einer Seeblockade Saudi-Arabiens durch die jemenitischen Huthi-Rebellen. Die Prämien für Kriegsrisiken klettern von rund 0,3 auf etwa 0,75 Prozent des Schiffswertes, wie Insider aus der Versicherungsbranche sagten. Dies bedeute für eine siebentägige Reise zusätzliche Kosten von Hunderttausenden Dollar. Die britische Seesicherheitsfirma Ambrey stuft Schiffe mit Bezug zu Saudi-Arabien sowie Häfen des Landes am Roten Meer als stark gefährdet ein (Reuters).

In der **Straße von Hormus** ist nach britischen Angaben ein **Tanker** von einem Geschoss getroffen worden. Die Besatzung habe Seenotrufe abgesetzt und das Schiff verlassen, teilt die britische Behörde für Seehandel (UKMTO) mit. Die Crew befinde sich in einem Rettungsboot. Der Vorfall ereignete sich demnach knapp 15 Kilometer östlich der Stadt Limah im Oman. Umweltschäden seien zunächst nicht gemeldet worden. Die **iranischen Revolutionsgarden** erklären, dass zwei Öltanker nach Explosionen in Brand geraten seien. Rettungsteams würden die Besatzungen in Sicherheit bringen. Ob es sich um denselben Vorfall handelt, bleibt zunächst unklar (Reuters).

Das **israelische Militär** startet nach eigenen Angaben in Zusammenarbeit mit **US- und libanesischen Streitkräften** ein **Pilotprojekt für Sicherheitszonen im Südlibanon**. Dies sei ein Schritt zur Wiederherstellung der staatlichen Autorität des Libanon in dem Gebiet, erklärt ein US-Regierungsvertreter. Die Einrichtung der Zonen ist Teil eines von den USA vermittelten Abkommens, das die Entwaffnung der vom Iran unterstützten Hisbollah, den Abzug der israelischen Truppen und die Stationierung libanesischer Soldaten vorsieht (Reuters).

US-Präsident Donald Trump hat eine Festnahme des **israelischen Ministerpräsidenten** Benjamin Netanjahu bei einem Besuch in den USA ausgeschlossen. Der Regierungschef werde dort auf keinen Fall verhaftet, erklärte Trump am Montag auf seiner Online-Plattform Truth Social. Der **New Yorker Bürgermeister** Zohran Mamdani hatte in einem am Samstag ausgestrahlten Video-Podcast der "New York Times" gesagt, die Rechtsabteilung der Stadt prüfe ein solches Vorgehen. Mamdani bezeichnete Netanjahu als Kriegsverbrecher, der vor den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag gehöre (Reuters).

Der **Internationale Währungsfonds** (IWF) macht den Weg frei für die sofortige Auszahlung von rund 690 Millionen Dollar an die **Ukraine**. Der IWF-Vorstand habe eine Überprüfung des Finanzierungsprogramms für das Land abgeschlossen, teilt der Fonds mit. Die Ukraine habe trotz des Krieges ihre Finanzstabilität aufrechterhalten können. Die wirtschaftlichen Aussichten hätten sich jedoch eingetrübt. Gründe dafür seien vor allem die verstärkten russischen Angriffe auf die

kritische Infrastruktur sowie indirekte Auswirkungen des Krieges im Nahen Osten. Zudem habe sich die Umsetzung von Reformen verlangsamt (Reuters).

Durch einen **russischen Luftangriff** auf die ukrainische Hafenstadt **Odessa** sind nach Behördenangaben mindestens drei Zivilisten getötet worden. Außerdem habe es sechs Verletzte gegeben, teilte Regionalgouverneur Oleh Kiper auf Telegram mit. Seinen Angaben nach galt der Angriff unter anderem einem zivilen Industriebetrieb, in dem ein Brand ausbrach. Bürgermeister Serhij Lissak sprach auch von Schäden an der Infrastruktur der Stadt (dpa/AFX).

Nordkorea und **Russland** haben bei einem Treffen ihrer Außenminister in Moskau ihre enge **Partnerschaft** bekräftigt. Die nordkoreanische Außenministerin Choe Son Hui und ihr russischer Amtskollege Sergej Lawrow hätten sich am Montag zu ihrem dritten strategischen Dialog getroffen, meldete die staatliche nordkoreanische Nachrichtenagentur KCNA am Dienstag. Beide Seiten hätten bei allen zur Diskussion stehenden Themen Einigkeit erzielt. Im Mittelpunkt der Gespräche habe die Umsetzung des im Juni 2024 unterzeichneten Vertrags über eine umfassende strategische Partnerschaft gestanden (Reuters).

Einzelhandel

Zalando baut in Deutschland weiter **Stellen** ab. Das geht aus Unternehmenskreisen und einem internen Schreiben hervor, das dem *Handelsblatt* vorliegt. Auf die Rahmenbedingungen des Stellenabbaus hatten sich Zalando und der Berliner Betriebsrat Ende Mai geeinigt, wie aus internen Dokumenten hervorgeht. Betroffenen Mitarbeitern wurden demnach bis zum 30. Juni Abfindungen als Teil eines Freiwilligenprogrammes angeboten. Auf Anfrage bestätigte Zalando die "Festlegung von einvernehmlichen Aufhebungsverträgen" und einem Freiwilligenprogramm. Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Zentrale in Berlin nun genau verlassen, dazu wollte sich Zalando auf Anfrage nicht äußern. Die weiteren Stellenstreichungen folgen auf bereits laufende Abbauprogramme (Handelsblatt).

Versicherungen

Die **Munich Re** hinterfragt ihre **Jahresprognose für die Schaden- und Unfallrückversicherung**. "Im Rahmen der Arbeiten für den Halbjahresabschluss werden wir sehr genau auf das Geschäft in der Pipeline für das dritte und vierte Quartal schauen", sagt Finanzvorstand Andrew Buchanan im Interview mit der *Börsen-Zeitung*: "Daraus wird sich ergeben, welche Prognose wir dem Markt geben." Der Finanzchef hatte bereits im Mai erklärt, es werde nun anspruchsvoller, das Umsatzziel 2026 von 40 Milliarden Euro in der Sparte zu erreichen. Im Gesamtmarkt sieht Munich Re in der Juli-Erneuerungsrunde, in der der Rückversicherer ein Vertragsvolumen von 3,2 Milliarden Euro neu verhandelte, eine relativ stabile Situation zu Januar und April (Börsen-Zeitung).



STEBING AG
WERTPAPIERHANDELSBANK



FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

privatemarkets.faros-consulting.de

Kontakt

Wolfgang Steubing AG
Wertpapierdienstleister
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
T +49 69 29716 0
F +49 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Morning News

Alexander Dietzer
T +49 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn
T +49 69 29716 131
michael.heidn@steubing.com

Haftungsausschuss

Die beigelegten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister, nachfolgend Steubing AG, erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© 2026 Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister. Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28
D-60439 Frankfurt

